

Widerspruch

DIE LINKE. PDS

Oder-Spree

www.linke-oder-spree.de

Eindrücke unseres Parteitage delegierten Dr. Artur Pech, Schöneiche

Der Parteitag in Dortmund hat mir Mut gemacht.



Woher wir kommen, wohin wir gehen,
Gerechtigkeit bleibt unser Ziel.

DIE LINKE. PDS

die Zukunft der Dresdner Linksfraktion. Da wurde der Konflikt auf den Punkt gebracht: „Während der Stadtvorstand feststellt, im Mittelpunkt der künftigen Arbeit müsse ‚die Verbesserung der Situation der von Armut und Arbeitslosigkeit betroffenen Einwohner‘ stehen, erklärt die Mehrheit der Abgeordneten, ihr Handeln richte sich ‚an alle Bürger dieser Stadt‘.“

Unser Zusammengehen mit der im Schwerpunkt gewerkschaftlich orientierten WASG wird uns vor die Frage stellen, ob wir uns in den Kämpfen dieser Zeit tatsächlich an alle Bürger wenden wollen oder uns nicht doch zu einer Seite bekennen und für sie streiten.

Keine leichte Frage für eine Partei, die, wie es in der modernen politischen Diktion heißt, Volkspartei sein will.

Ich will darüber nicht abstrakt philosophieren. Der Parteitag in Dortmund hat mir Mut gemacht. Auch und gerade weil wir künftig das Wirken von Protagonisten moderner sozialer Kämpfe in der Bundesrepublik Deutschland auch in der eigenen Partei auf neue Weise spüren werden.

Am Sonnabend, dem 24. März, lag in den Westfalenhallen in Dortmund das „Neue Deutschland“ auf dem Tisch. Auf Seite 5 fand sich ein Bericht über das Ringen um

Aus dem Inhalt:

- Parteineubildung auf der Zielgeraden ...2
- Monatsticket statt Eiscafé.....6
- Nehmt die SPD beim Wort 11

- Mindestlohn ohne Mogelpackung..... 13
- Rentner Hans im Glück..... 14
- Der Spagat des MdL Peer Jürgens..... 18
- Mit alten Vögeln auf die Reise22
- Die Ehre der Blutvergießer24

Er hat mir Mut gemacht, weil klar deutlich wurde: Diese neue Linke ist nicht nur im Wesentlichen gegen Krieg. Nein: Sie lehnt

den Krieg ohne jedes Schlupfloch für faule Kompromisse ab.

Und für mich als Kommunalpolitiker besonders bedeutsam: Diese neue Linke lehnt die Privatisierung der Daseinsvorsorge ab. Sie läßt auch da künftig für Spekulationen keinen Raum.

Auch und gerade deshalb bitte ich alle Mitglieder der Linkspartei.PDS:

Laßt uns gemeinsam dafür wirken, dass in der bevorstehenden Urabstimmung die Gründung der neuen Linke eine genauso überzeugende Mehrheit findet, wie in den Westfahlenhallen.

*Dr. Artur Pech, Schöneiche
Parteitagsdelegierter*



Parteineubildung DIE LINKE auf der Zielgeraden

Am 24. und 25. März fanden in den Dortmunder Westfahlenhallen parallel tagende Parteitage von Linkspartei.PDS und WASG statt. Ziel war die Abstimmung über die Gründungsdokumente der zu bildenden Partei DIE LINKE und die Annahme des Verschmelzungsvertrages, auf dessen Grundlage sich die juristische Parteineubildung vollzieht.

Insgesamt etwa 600 Änderungsanträge zu den programmatischen Eckpunkten, der Bundessatzung und zu Schieds- und Finanzordnung galt es für die jeweils 400 Delegierten beider Parteitage zu bewältigen. Ohne größere Hürden einigten sich die Parteitage auf gleichlautende Dokumente. Der Verschmelzungsvertrag wurde von den Delegierten der Linkspartei.PDS mit 96,9 Prozent und den Delegierten der WASG mit 87,7 Prozent angenommen. Erforderlich waren nach dem Umwandlungsgesetz gerichtsfeste 75 Prozent Ja-Stimmen der eingeschriebenen Delegierten. Die erfreulich hohe Zustimmung auf beiden Seiten steht für den Optimismus, die Ernsthaftigkeit des Projekts und die Notwendigkeit einer geeinten Linken. Die Bildung einer neuen Linken ist Mittel zum Zweck, die

Achse der Politik in Deutschland nach links zu verschieben.

Der nächste Schritt auf dem Weg zum Gründungsparteitag am 16. Juni in Berlin ist die Urabstimmung unter den Mitgliedern beider Parteien. Sie beginnt am 30. März und läuft bis zum 19. Mai. Beteiligen können sich alle Mitglieder, die bis zum 20. April in die Linkspartei.PDS oder die WASG eingetreten sind. Der Vorsitzende der Linkspartei.PDS, Lothar Bisky, ruft alle Mitglieder auf, sich



aktiv an der Urabstimmung zu beteiligen, auch weil dies ein Beitrag zur gemeinsamen Willensbildung ist. Eine hohe Zustimmung durch möglichst viele Mitglieder befördert auch die „innere“ Fusion.

Die auf den Parteitag beschlossenen Gründungsdokumente befinden sich in

der Mitgliederzeitschrift der Linkspartei.PDS „DISPUT“, April 2007, dazu Lothar Biskys Rede „Die Chance kommt so nie wieder ...“ und Gregor Gysis Ausführungen „Wir werden unseren Charakter verändern“ (Bestellungen nimmt jede Basisorganisation entgegen, Preis pro Heft 2,50 €). Für Internetnutzer stehen sie unter dem angegebenen Link im Internet, Impressionen vom Parteitag der Linkspartei.PDS, sowie Reden und Interviews unter einem weiteren Link. Der dritte Link ist für Mitglieder, die sich über das Prozedere der Urabstimmung informieren wollen.

*Dietmar Bartsch,
Bundesgeschäftsführer der Linkspartei.PDS*

- Gründungsdokumente: <http://www.sozialisten.de/sozialisten/parteibildung/gruendungsdokumente>
- Reden, Interviews, Fotos: <http://www.sozialisten.de/partei/parteitag>
- Urabstimmung: <http://www.sozialisten.de/sozialisten/parteibildung/urabstimmung>

Wichtige Information zur Urabstimmung für die Mitglieder der Linkspartei.PDS

»Die Chance, die wir haben, kommt nie wieder. Also nutzen wir sie!« Lothar Bisky

Mit der Urabstimmung entscheiden die Mitglieder der Linkspartei.PDS über die Verschmelzung mit der Partei »Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative« (WASG).

Die Urabstimmung wird im Statut der Linkspartei.PDS für den Fall einer Verschmelzung mit einer anderen Partei vorgeschrieben und wird außerdem vom Parteiengesetz verlangt. Die WASG führt im selben Zeitraum ebenfalls eine Urabstimmung durch.

Es gibt keine Mindestbeteiligung und wenn von den abgegebenen gültigen Stimmen mehr Ja- als Neinstimmen ermittelt werden, gilt die Verschmelzung als beschlossen.

Alle Mitglieder erhalten von der Bundesgeschäftsstelle einen Brief an ihre Adresse mit einem

Anschreiben von Lothar Bisky, Erläuterungen zum Verfahren und den Urabstimmungsschein.

Es können alle Mitglieder abstimmen, die bis zum 20. April 2007 eingetreten sind.

Die Urabstimmung wird vom 30. März bis zum 18. Mai 2007 durchgeführt. Briefe müssen bis 18 Uhr bei der Landes- oder Bundesgeschäftsstelle eingehen.

Wichtig: Das Datum des Poststempels gilt nicht.

Die Auszählung findet in der Bundesgeschäftsstelle im Karl-Liebknecht-Haus, Berlin, am 19. Mai 2007, ab 9 Uhr statt. Sie ist öffentlich.

Bei Fragen wendet Euch an den Parteivorstand, Telefonnummer 030/24 009-542, E-mail: urabstimmung@linkspartei.de oder im Internet: urabstimmung.linkspartei.de.

Hartz IV ist nicht zu gestalten, Hartz IV muss weg!



Dr. Artur Pech
Schöneiche

Mitglied der Gemeindevertretung Schöneiche; Abgeordneter des Kreistages Oder-Spree, Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses, Mitglied im Kreisausschuss

Zur Bildungspolitik

... Zunächst geht es um die grundsätzlich verfehlte Bildungspolitik der Landesregierung. Sie handelt offenbar nach dem Motto: Kein Jahr ohne Novellierung des Schulgesetzes, möglichst auch keine Möglichkeit für eine kontinuierliche Bildungsarbeit an den Schulen des Landes.

So wurde denn auch die Einführung von Leistungs- und Begabungsklassen vorbereitet. Im Dezember 2006 erfolgte durch das zuständige Ministerium die Mitteilung, dass der Kreistag über die Einführung derartiger Klassen beschließen solle. Da der Kreistag aber vor dem gesetzten Termin nur noch am 31. Januar 2007 tagte, wurde die Sache ohne eine vorherige Beratung auf die Tagesordnung gesetzt. Wahrlich kein Hohelied auf die Demokratie und die Mitwirkungsmöglichkeiten gewählter Gremien. Das sahen denn auch fast alle Abgeordneten des Kreistages so. Wesentlich auf Initiative von Bernd Stiller wurde ein Protest gegen dieses Vorgehen an den Landtag und an das zuständige Ministerium beschlossen.

Danach fand sich freilich – weitgehend ohne die erforderliche inhaltliche Debatte – eine respektable Mehrheit für die Einrichtung derartiger Klassen. Dr. Bernd Stiller brachte die Gegenposition auf den Punkt:

Mit diesen Leistungs- und Begabungsklassen wird an die so genannten „Schnellläuferklassen“ angeknüpft. Die sollten in den letzten Jahren erproben, ob auch den Kindern des Landes Brandenburg das Abitur nach 12 Jahren zuzutrauen ist. Die müssen diesen Test wohl bestanden haben, denn auch in Brandenburg wird künftig – wie früher in jener untergegangenen Republik und wie in Sachsen (welches auf das Zwischenspiel mit der 13. Klasse gänzlich verzichtet hatte) das Abitur nach 12 Schuljahren erworben.

Wenn nun aus den „Schnellläuferklassen“ die „Leistungs- und Begabungsklassen“ werden, hat dies zwei besonders hervorzuhebende Aspekte:

1. Die gegenüber den „normalen“ Klassen verbesserte Ausstattung für diese Klassen erfolgt zuungunsten aller anderen Schüler. Damit wenige besser gestellt werden können, werden viele schlechter gestellt. Das ist das uralte soziale Klassenprinzip preussisch-deutscher Bildung.
2. Die Schüler für diese Klassen werden bereits ein Jahr früher aussortiert.

Zur Privatisierungspolitik am Beispiel des Eigenbetriebes KWU Entsorgung.

Unausgesprochen befindet sich hier der Kreistag Oder-Spree auf dem Feld der großen Politik. Die Entsorgung durch ein kommunales Unternehmen hatte für die Menschen im Landkreis viele Vorteile. So konnten die Entsorgungskosten teilweise stabilisiert, teil- und zeitweise sogar reduziert werden. Dabei ging es 2006 um die Tatsache, dass der Landkreis als Eigentümer begonnen hat, Profite aus dem Unternehmen zu ziehen. Er lässt sich jetzt das eingesetzte Eigenkapital im Rahmen des gesetzlich Zulässigen verzinsen. Und natürlich zahlen auch diese Zinsen letztlich die Einwohner des Landkreises mit ihren Gebühren.

Für 2007 nun weist der Wirtschaftsplan des KWU ganz offen einen geplanten Gewinn

von mehr als 400 Tausend Euro aus. Wie gesagt: *Wir stimmen dieser Politik nicht zu.*

Soziale Auswirkungen der Privatisierungspolitik sind auch im Landkreis Oder-Spree im Bereich des Gesundheitswesens zu spüren. Es kann nicht sein, dass die Finanzierung einer Kranken Gesundheitspolitik durch den Lohnraub bei den Beschäftigten in den Krankenhäusern – außer bei den Ärzten – erfolgt. Noch schlimmer trifft es freilich die von der Privatisierung Betroffenen. Das gilt auch für so genannte „formale“ Privatisierungen, bei denen der Landkreis oder die Kommune zwar Eigentümer bleiben, die Krankenhäuser aber in GmbHs umgewandelt werden.

Zum Kreishaushalt

Der Kreistag hat den Haushalt für das Jahr 2007 mit einem errechneten Fehlbetrag von 8,67 Mio. € verabschiedet. Er wird durch die nicht ausreichende Finanzierung der vom Bund und dem Land Brandenburg übertragenen Aufgaben verursacht. Darüber war sich der Kreistag einig. Nicht einig ist er sich über die Konsequenzen.

Die kleine Kreistagskoalition aus CDU und SPD erhob vielmehr die Forderung, der Kreis müsse in seinen Ausgaben noch schärfer sparen, um das Defizit auszugleichen. Politisch bedeutet dies: Sie erkennen die Ursachen der Misere und wollen am Abwälzen der Konsequenzen auf die Menschen im Landkreis aktiv teilnehmen. Im vorigen Jahr hat die Sparpolitik z.B. durch Zusammenlegung der Kreismusikschule mit der Burg Beeskow zu spürbaren Verschlechterungen des Leistungsangebotes geführt. Ähnliches lässt sich über die Entwicklung an der Volkshochschule sagen.

Im Zuge der Haushaltsberatungen haben wir uns intensiv mit den Eingliederungstitel im Amt für Grundsicherung befasst. In diesen Beratungen habe ich den Vorschlag für ein Modellprojekt „Zukunft mit Kompetenz“ zur Integration von Fachkräften mit Hochschulabschluss im Landkreis Oder-Spree in den Arbeitsmarkt unterbreitet.

Ich möchte sowohl den Konsens hervorheben, der dazu unter den Mitgliedern des Ausschusses aus den verschiedenen Frakti-

onen bestand. Und ich betone genauso den konstruktiven Umgang der Verwaltung und der Leitung des Amtes 55 mit diesem Vorschlag. Im Ergebnis hat der Kreistag dieses Programm beschlossen und ein wichtiges Zeichen gesetzt.

Alle wissen, dass Bildung und Qualifikation für die Zukunft unserer Region von entscheidender Bedeutung ist. Qualifizierten Menschen aus der Region eine Tätigkeit in der Region zu bieten ist nicht nur eine Frage des guten Willens. Wir müssen den Unternehmen auch dabei helfen. Und das wird letztlich nur funktionieren, wenn wir Arbeitsförderung mit Wirtschaftsförderung verbinden. Ich denke, wir sollten künftig viel mehr in die Arbeitskraft der Menschen investieren.

Schließlich ist besonders hervorzuheben: Wenn es gelingt, hoch qualifizierten Menschen den Sinn ihrer Qualifikation dadurch erlebbar zu machen, dass sie damit eine sinnvolle Arbeit ausüben, dann haben wir etwas für ihre Menschenwürde und ihr Menschenrecht getan. Einschränkend muss ich aber auch sagen: Das Mindestgehalt für eine Förderung liegt bei 1 600 €. So schlecht bezahle ich Hochschulabsolventen nicht. Es geht hier ausdrücklich nicht darum, Hartz IV zu gestalten.

Hartz IV ist nicht zu gestalten, es muss weg.

Auch deshalb bin ich froh, dass die Forderung „Hartz IV muss weg“ jetzt Beschlusslage der Parteitage von Linkspartei.PDS und WASG und Teil der zur Urabstimmung für die Gründung der neuen Linken stehenden Dokumente ist.

Genossinnen und Genossen, ich habe über unterschiedliche Seiten unserer Politik im Kreistag berichtet. Nicht vollständig und allseitig, aber – so hoffe ich – doch anschaulich. Und ich kann abschließend für alle Mitglieder der Fraktion versichern: Wir haben unseren Wählerauftrag nicht vergessen. Und im Zweifel lassen wir uns eben dafür kritisieren, dass wir alles durch die soziale Brille sehen.

P.S. Der ganze Bericht kann per E-Mail – artur.pech@drpech.de – angefordert werden.

Börsenbahn = Preiswahn

Für eine Fahrt mit der Deutschen Bahn im Verkehrsverbund Berlin Brandenburg von meinem Wohnort nach Berlin muss ich ab April dieses Jahres den stolzen Preis von 8,90 Euro bezahlen anstatt der bisherigen 8,50 Euro. Das wird wohl mein finanzieller Anteil, wenn die Kosten für die Bremsung des Kohlendioxidausstoßes anfallen. Zugleich erfahre ich aber, dass der Umsatz des Gesamtkonzerns Bahn um fünf Milliarden Euro auf 30,1 Milliarden Euro stieg. Damit habe das Unternehmen mit dem Geschäftsjahr 2006 alle wirtschaftlichen Ziele auf dem Weg der Teilprivatisierung erreicht. Und mit dieser für den beabsichtigten Börsengang so ungeheuer wichtigen Nachricht wird lächelnd gelogen, der Bahnkunde brauche erst ein-



mal nicht mit Preiserhöhungen zu rechnen. Das Bündnis „Bahn für alle“ fand heraus: „Zieht man die staatlichen Zuschüsse für die Schieneninfrastruktur und den Nahverkehr von rund acht Milliarden Euro ab, so wird aus dem angeblich dickeren Plus von 2006 ein dickes Minus.“ Es kündigt sich an, was geschieht, wenn Die Bahn privatisiert wird: „Börsenbahn = Preiswahn“, sagt attac. Ja, so wird es werden. *gb*

Monatsticket statt Eiscafé



Für Viele ist nunmehr der Weg zur Arbeit teurer als gewohnt. Der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) hatte die Fahrpreise zum 1. April erneut erhöht. Der falsche Weg und ein falsches Zeichen, wie die finanzpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS, Kerstin Osten findet.

Seit langem werden Qualitätsverbesserungen gefordert, die aber bisher ausblieben. Mangelnde Pünktlichkeit, überfüllte S-Bahnen und Regional-Express-Züge geben weiterhin Anlass zu massiver Kritik der Fahrgäste, die durch Fahrpreiserhöhungen zunehmend zum Umstieg auf das eigene Kfz motiviert werden.

Mehr Autos auf den Straßen heißt mehr Unfallrisiko, mehr Feinstaubbelastung und mehr Lärm – doch Klima- und Umweltschutz muss anders aussehen.

Die wachsenden Einnahmeverluste der Verkehrsunternehmen können auch durch immer weiter wachsende Fahrpreiserhöhungen nicht ausgeglichen werden. Entsprechend notwendige Einsparmaßnahmen seitens der Verkehrsunternehmen gehen ebenso zu Lasten der Fahrgäste, vor allem bei den Angeboten im ländlichen Raum und der Fahrgastbetreuung.

Der ÖPNV als Daseinsvorsorge muss von der öffentlichen Hand vor allem für den Schüler- und Ausbildungsverkehr mitfinanziert werden. Aufgaben wie Unfallvermeidung und Klimaschutz dürfen nicht zu Gunsten eines immer stärker werdenden Individualverkehrs vernachlässigt werden.

Darüber hinaus senken Fahrpreiserhöhungen neben der erhöhten Mehrwertsteuer erneut die regionale Kaufkraft der Einwohnerinnen und Einwohner.

Bäderbahn Fürstenwalde – Bad Saarow – Helios-Klinikum

Wunsch muss schnell Realität werden, denn jeder kleine Schritt zählt!



Der Bericht in der MOZ „Wunsch: Zug soll bis zum Klinikum fahren“ sollte die interessierten Bürgerinnen und Bürger erfreuen, denn endlich ist das wichtige Thema Bäderbahn auch in Regierungskreisen angekommen. Hierzu erklärt der Landtagsabgeordnete Stefan Sarrach:

Die mögliche Verlängerung der Bahnstrecke der Bäderbahn vom Bahnhof Bad Saarow bis zum Helios-Klinikum ist ein kleiner, aber notwendiger Schritt, um die absolut unbefriedigende Situation um die stillgelegte Bäderbahn und den offensichtlich nicht akzeptierten Schnellbus zwischen Fürstenwalde und Beeskow, weil er Bad Saarow nicht anfährt, zu entspannen.

Endlich ist das Problembewusstsein hierfür auch in SPD-Regierungskreisen angekommen. Meine Landtagskollegin Elisabeth Alter kann ich nur nach ganzen Kräften darin unterstützen, die derzeitige Endstation am Bahnhof Bad Saarow zum Klinikum zu verlegen. Es ist richtig, dass viele Bürgeranfragen auch bei mir genau dieses Problem ansprechen und beklagen. Dieses regionale Interesse an einer bürgerfreundlichen Lösung bei der RB 35, das vielleicht von anderen Landtagskollegen aus anderen Landesteilen, deren Bahnstrecken komplett gestrichen wurden, nur als „Lokalpatriotismus“ belächelt werden würde, ist kein Thema des Parteienstreits, sondern erfordert die Zusammenarbeit der regionalen Landtagsabgeordneten Oder-Spree über Fraktionsgrenzen hinaus.

In diesem Sinne bin ich bereit, die zügige Behandlung dieser Frage in der Aprillandtagssitzung mit zu befördern und werde mit unserer Verkehrspolitikerin Anita Tack ebenfalls die örtlichen Gegebenheiten besichtigen. Der Landesnahverkehrsplan darf nicht ohne eine Berücksichtigung dieser Streckenverlängerung verabschiedet werden. Hier gibt es viele Partner, die uns unterstützen dürften, so auch der Landkreis. Dennoch darf nicht vergessen werden, dass eine Klärung dieser Frage nur ein Teil der Lösung darstellt.

Neben der Sicht aus Fürstenwalde auf die Bäderbahn gibt es auch berechtigte Wünsche und Forderungen aus Beeskower Sicht. Auch aus Beeskow muss Bad Saarow attraktiv erreichbar sein. In den nächsten Tagen widme ich mich daher als Wahlkreisabgeordneter der Attraktivitätssteigerung des Express-Busses, denn er darf nicht Alibi dafür bleiben, dass insgesamt die Bürger keine schnelle Anbindung Beeskows an Fürstenwalde wollen und die Bäderbahn endgültig stirbt.

Mitglied des Landtages Brandenburg Stefan Sarrach

E-Mail stefan.sarrach@gmx.de
Internet www.sarrach.de
Mitarbeiter Paul Rothe

PDS-Bürgerbüros

Schloßstraße 7, 15517 Fürstenwalde
Tel. (033 61) 31 04 47
Fax (033 61) 31 04 48
Sprechzeiten Mo.–Fr. 10–16 Uhr
außer Mi.

Bodenschwinghstr. 19, 15848 Beeskow
Tel./Fax (033 66) 2 02 02

Helga Hahnemann in Texten von Gisela Steineckert

Alt genug, um jung zu bleiben

Um Frauen und Männer, um die Welten, die gelegentlich dazwischen liegen und um die Liebe ging es bei einer sehr gelungenen Lesung anlässlich des Internationalen Frauentages am Nachmittag des 10. März mit Gisela Steineckert. Über 70 Zuhörerinnen und Zuhörer waren auf Einladung der Landtagsabgeordneten Renate Adolph zu ihrer Gesprächsreihe „Offen gesagt“ in die Kulturgießerei Schöneiche gekommen und lauschten andächtig den wunderbaren Texten der namhaften Autorin.



Gisela Steineckert (rechts) und Renate Adolph (2. v. rechts) im Gespräch mit Gästen

Da ging es um Beobachtungen in der Kindheit, in der Ehe, im Beruf, im Alter und Betrachtungen zum Tod eines Menschen. Den Ernst des Lebens mischte Gisela Steineckert mit den schönen Augenblicken, besinnlich, tiefgründig und zuweilen mit viel Humor. In einer Geschichte schilderte die Autorin Erlebnisse mit Helga Hahnemann. Und wie sich in der anschließenden Podiumsdiskussion mit Renate Adolph herausstellte, war es Zufall, dass die Schriftstellerin in Schöneiche genau diese Anekdoten vortrug. Gisela Steineckert wusste gar nicht, dass die von ihr

hoch geschätzte DDR-Entertainerin hier bis zu ihrem Tod gewohnt hatte und vieles im Ort, genannt sei nur das Helga-Hahnemann-Haus, an sie erinnert.

Wer Gisela Steineckert kennt, weiß, dass die Schriftstellerin sich durchaus auch zeitkritisch äußert. Engagiert tritt sie gegen soziale Missstände und die Beteiligung Deutscher an Kriegen ein. Sie appellierte auch bei dieser Frauentagsveranstaltung daran, dass die Zwischenmenschlichkeit und das Verständnis der Menschen füreinander in der Gesellschaft nicht ganz verloren gehen dürfen.

Die Autorin erzählte, dass sie bisher über 45 Bücher sowie literarisch-musikalische Bühnenprogramme veröffentlichte, u.a. mit Veronika Fischer, Gabi Rückert, Jürgen Walter und Dirk Michaelis. Je älter, desto gescheiter, sagte sie. Ihre Gedanken über den Sinn des Lebens hat sie in dem neuen Buch „Alt genug, um jung zu bleiben“ aufgeschrieben. Die über 75-jährige ist vital und ständig unterwegs. Sie hatte allein in dieser Märzwoche vier große Veranstaltungen mit begeisterten Besucherinnen und Besuchern wie in Schöneiche.

Renate Adolph, MdL

**Mitglied des Landtages Brandenburg
Renate Adolph**

Linkspartei.PDS-Bürgerbüro

Mahlsdorfer Straße 61
15366 Hoppegarten, OT Hönow

Tel. (030) 99 27 47 49
Fax (030) 99 27 47 43
E-Mail rena@adolph.de
Mitarbeiterin Helga Hummel
Sprechzeiten Mo., Mi., Do. 14–18 Uhr

Am 1. April trat die Gesundheitsreform in Kraft

Eine Reform, die krank macht

Die Risiken und Nebenwirkungen der von der Großen Koalition beschlossenen Gesundheitsreform sind bekannt:

- Beitragserhöhung bei Einschränkung und Aufweichung des Leistungskatalogs,
- Mehrbelastung für Geringverdiener,
- Manifestierung der 2-Klassen-Medizin,
- Unübersichtlichkeit für Kassen, Patienten und Ärzte ...

Die Linkspartei.PDS lehnt das Reform-Flickwerk ab. Mit den neuen gesetzlichen Regelungen werden die Finanzierungs- und Effizienzdefizite des Gesundheitssystems nicht behoben. Durch die Einführung von Wahl- und Sondertarifen die Kostenerstattungen, Selbsterhalt und Beitragrückerstattungen vorsehen werden den Krankenkassen Mittel für notwendige Behandlungen fehlen, die dann letztlich die Patienten selbst aufbringen müssen. Die Konsequenz: Wer arm ist, muss früher sterben. Die Einführung eines „Selbstverschuldungsprinzips“, dass zunächst nur Folgekosten von Piercing, Tätowierung oder Schönheitsoperationen einbezieht, ist der erste Schritt in zukünftige Leistungsausgrenzungen, wie beispielsweise bei Freizeitunfällen. Schon jetzt sollen Krebskranke, die nicht zur Vorsorge gegangen sind, höheren Zuzahlungen

leisten. Die in Kraft getretene Reform löst keines der existierenden Probleme, schafft dafür aber jede Menge neue.

Eine wirkliche Gesundheitsreform muss zuerst die Einnahmeseite stärken. Alle Menschen sollten in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen werden. Im Sinne des Solidarsystems müssen

- die Beitragsbemessungsgrenze aufgehoben und alle Einkünfte einbezogen werden,
- die Versicherungsanteile von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wieder paritätisch erbracht werden und
- die gesundheitlichen Präventionen einen größeren Stellenwert bekommen.

*Elke Breitenbach, Mitglied
des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS*

Einfach. Online. Lesen.

**Ab sofort »Neues Deutschland«
im Online-Abo lesen!**



ND-ePaper – Ihre Vorteile:

- ▶ lesen wo und wann man will
- ▶ kein Altpapier
- ▶ nur 15€ im Monat

Jetzt online abonnieren:

www.neues-deutschland.de/epaper

Neues Deutschland

Druck von Links.

„Lohndumping verboten! Für Mindestlöhne.“

... unter diesem Motto will die SPD laut Generalsekretär Heil eine eigene Mindestlohnkampagne starten. Mit dieser einfachen Formel kann ein gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland eingeführt werden. Es wird Zeit, dass die SPD ihre Weichwurstpolitik im Bundestag beendet und einen Gesetzesantrag einbringt. Mit 326 Stimmen (SPD + Grüne + DIE LINKE.) hat der Antrag gute Chancen, angenommen zu werden.

Die SPD tut sich seit anderthalb Jahren schwer mit ihrem Versprechen, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Ich freue mich deshalb, dass die SPD endlich aufgewacht ist. Die Chancen für einen gesetzlichen Mindestlohn steigen und die seit etwa einem Jahr von Gewerkschaften, von der Linkspartei.PDS und der WASG geführte Kampagne erhält weitere Unterstützung. Denn Mindest-



löhne sind ökonomisch sinnvoll.

Um die entscheidende Frage, die Höhe eines gesetzlichen Mindestlohnes, darf sich die SPD nicht herumdrücken. Sonst könnte man meinen, dass es sich bei der angekündigten Kampagne nur um ein Placebo für die Parteilinke handelt. Ein Mindestlohn ist nur dann kein Armutslohn, wenn er die Existenz sichert und zum Leben ausreicht. Deshalb fordern Linkspartei.PDS und WASG mindestens 8 € die Stunde in Anlehnung an die Pfändungsfreigrenze, die derzeit bei monatlich 985 € liegt.

Sollte mein Amtsbruder zum Kampagnenstart Probleme mit Materialien haben, wir könnten ihm unter die Arme greifen mit Streikwesten, Plakaten, Flugblättern ...

*Dietmar Bartsch, MdB,
Bundesgeschäftsführer
der Linkspartei.PDS*

Mindestlohn auch Thema im Landtag Brandenburg

Auf Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS wird sich der Landtag in seiner nächsten Sitzung im April mit der Problematik Mindestlohn beschäftigen und positionieren müssen. Es reicht nicht aus, dass einzelne Politiker bis hin zum Ministerpräsidenten in der Öffentlichkeit einen Mindestlohn fordern, gleichzeitig aber auf Bundesebene diesbezüglich stillhalten.

Deshalb fordert die LINKE.PDS in ihrem Antrag die Landesregierung auf, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass tarifvertragliche Lösungen für Mindestlöhne gefördert werden und dazu das Arbeitnehmerentendengesetz auf alle Wirtschaftsbereiche ausgeweitet wird. Außerdem soll für Branchen, in denen tarifliche Lösungen nicht greifen oder Tariflöhne ein Mindestniveau unterschreiten, ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wer-

den, der sich in seiner Höhe am Niveau vergleichbarer europäischer Länder orientiert.

Arbeit muss sich lohnen, und vor allem Existenzen sichern können. Die Einkommensschere geht weiter auseinander: Während Spitzengehälter und Einkommensmillionäre zunehmen, stagnieren die Löhne für viele Beschäftigte. Mehr als 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte arbeiten in Deutschland für Armutslöhne, die weniger als die Hälfte des Durchschnittslohnes betragen. Und dass die Einführung von Mindestlöhnen zu Abbau von Arbeitslosigkeit und konjunkturellem Aufschwung beitragen können, zeigen Großbritannien, die Niederlande, Belgien und selbst die USA, in denen Mindestlöhne mit Erfolg praktiziert werden.

*Kerstin Osten, MdL, finanzpolitische Sprecherin
der Fraktion DIE LINKE.PDS, 3. April 2007*

Nehmt die SPD beim Wort



Deutschland ist – gemessen an der gesamtwirtschaftlichen Leistung – so reich wie nie zuvor. Trotzdem arbeiten viele Menschen den ganzen Tag, können aber sich und ihre Familien vom erarbeiteten Lohn nicht ernähren. Armutslöhne sind ungerecht und unsozial. Sie missachten die Leistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist ein Skandal. Wer voll arbeitet, muss davon leben können. Deshalb werden wir Schluss machen mit dem Lohndumping.

Das sind die Fakten:

- Die Einkommensschere geht weiter auseinander. Während Spitzengehälter zunehmen, stagnieren die Löhne für viele Beschäftigte.
- Mehr als 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte arbeiten in Deutschland für Armutslöhne, die weniger als 50 Prozent des Durchschnittslohns betragen.
- Lohndumping richtet sich gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dumpinglöhne schwächen aber auch die Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben, die faire Löhne zahlen.
- Die Tarifbindung nimmt weiter ab. Nur 68% der Beschäftigten in Westdeutschland und 53% in Ostdeutschland erhalten tariflich vereinbarte Löhne.
- Armutslöhne gibt es nicht nur bei tarifungebundenen Arbeitgebern. Auch viele Tariflöhne liegen zwischen drei und vier Euro.
- Niedriglöhne sind nicht allein die Folge zu geringer Qualifikationen. 60 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung.
- Die Aufstiegsmobilität in besser bezahlte Jobs ist gering. Niedriglöhne sind kein Einstieg in eine bessere Zukunft, sondern bedeuten meist Verharren in Armut.

GERECHTER LOHN FÜR GUTE ARBEIT.

Wir wollen gerechte Löhne für gute Arbeit. Menschen, die einer Vollzeitberufstätigkeit nachgehen, müssen von ihrer Arbeit auch menschenwürdig leben können.

Großbritannien, die Niederlande, Belgien – die meisten unserer europäischen Nachbarn und selbst die USA praktizieren Mindestlöhne mit Erfolg.

**Auch in Deutschland ist es höchste Zeit:
für gerechte Löhne und gute Arbeit,
für soziale Sicherheit und Mindestlöhne!**

Dieser Text stammt nicht etwa aus der Feder eines Politikers der Linkspartei.PDS, sondern ist das offizielle Papier des Koalitionspartners der großen Koalition, der SPD.

Zu den Erstunterzeichnern gehören: Kurt Beck, SPD-Parteivorsitzender; Franz Müntefering, Bundesminister für Arbeit und Soziales; Hubertus Heil, SPD-Generalsekretär; Peter Struck, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion; Michael Sommer, DGB-Vorsitzender; Jürgen Peters, 1. Vorsitzender IG Metall; Frank Bsirske,

Vorsitzender ver.di; Hubertus Schmoldt, Vorsitzender IG BCE; Klaus Wiesebügel, Vorsitzender IG BAU; Franz-Josef Mölkenberg, Vorsitzender Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten; Norbert Hansen, Vorsitzender TRANSNET Gewerkschaft GdED; Konrad Freiberg, Vorsitzender Gewerkschaft der Polizei; Ulrich Thöne, Vorsitzender GEW; Claus Wissner, WISAG Service Holding GmbH & Co. KG; Wilhelm Schmidt, AWO-Bundesvorsitzender; Adolf Bauer, Bundesvorsitzender Sozialverband Deutschland (SOVD).

Gerechter Lohn für gute Arbeit – auch in Erkner gefordert

Die gesamte Bundestagsfraktion DIE LINKE. und die Spitzen der Brandenburger Linkspartei.PDS haben ebenfalls unterschrieben.



Ebenfalls die Initiative Erkner gegen Hartz IV sammelte bei einer Mahnwache vor dem Rathaus Erkner Unterschriften für Mindestlohn. Wir waren wieder mal das „Fähnlein der sieben Aufrechten“, wenig aber standhaft. Am 2. April hat die Initiative Erkner gegen Hartz IV zu einer Mahnwache vor dem Rathaus eingeladen. Immerhin waren zwischen 17 und 19 Uhr mehr Leute am Rathaus, als sich sonst montags zu den 14-tägigen Treffs im Anglerheim (nächster Termin 16. April 18 Uhr) einfinden. Trotzdem sind zwanzig auf den ersten Blick nicht viel. Aber, was aus unserer

Sicht das Wichtigste war, wir wurden gesehen und kamen mit Betroffenen und nicht Betroffenen ins Gespräch. Das Thema Hartz IV ist noch lange nicht vom Tisch, auch wenn uns die Regierenden der Großen Koalition immer wieder weismachen wollen: Alles wird besser. Die Frage ist nur, für wen?

Für die Betroffenen aus unserer Region klingt es jedenfalls wie Hohn, wenn der verkehrte Ostminister Tiefensee eine Trendwende im Osten sieht, weil das Wachstum im hier im vergangenen Jahr erstmals mit 2,8 Prozent knapp vor dem der alten Länder lag. Wo vorher nichts war, ist ein wenig mehr eben schon eine Riesenmenge. Ein Glück, das die Brillenträger unserer Aktion keine Vergrößerungsgläser mit Schönwetterfunktion in ihren Kassenbrillen tragen. Sie glauben den Schönrednern schon lange nicht mehr, deshalb werden wir auch künftig wieder auf der Straße zu sehen sein.

Damit es nicht heißt, die lamentieren nur herum, haben wir auch gleich etwas ganz Konkretes getan und damit viel Zuspruch erhalten. Wir haben Unterschriften-Listen der SPD ausgelegt, die eine Aktion für Mindestlöhne fordert. Man sollte nämlich jeden beim Wort nehmen, der eine gute Idee aufnimmt. Auch wenn sie vorher schon von Anderen geäußert wurde. So ist Demokratie. Leider unterstütze uns kein Vertreter der SPD.

Die SPD-Mitglieder an der Basis, ja selbst Parteimitarbeiter hatten und haben von ihrer Aktion offensichtlich noch nichts gehört. Die Initiative Erkner gegen Hartz IV fragte im

Bundestagsbüro von Herrn Vogelsänger nach den Unterschriftenlisten. Man musste sich erst erkundigen. Sich mit uns auf die Straße stellen, das wollte man dann doch nicht.

Die Listen mit 90 Unterschriften haben wir am Donnerstag im Büro des Bundestags-Abgeordneten Jörg Vogelsänger abgeben und ihn gebeten, doch später einmal öffentlich als unser Gast zum Stand des Vorhabens Auskunft zu erteilen. Inzwischen wächst nämlich schon wieder das Gefühl, dass den SPD-Genossen die Füße kalt werden. „Wir müssen erst einmal unseren Koalitionspartner überzeugen“, erklärte dazu unser Abgeordneter. „Sie werden ja in den Medien davon hören.“ Eine direkte Information aus erster Hand an seine Wähler erschien ihm dann aber durchaus doch ein gutes Argument zu sein.

Wir werden jedenfalls weiter an dem Thema bleiben und weiter Unterschriften sammeln.



Ein Mitglied der Initiative Erkner gegen Hartz IV übergibt SPD-Bundestagsabgeordneten Jörg Vogelsänger die 90 Unterschriften.

Denn einen bundesweiten Mindestlohn von 1,50 € meinen wir nicht, den gibt es schon.

Dr. Elvira Strauß, Erkner

Die SPD-Kampagne für Mindestlöhne ist eben so begrüßenswert wie fragwürdig. Sie geht in die richtige Richtung, lässt aber alle wichtigen Fragen offen.

Mindestlohn ohne Mogelpackung

Das Problem beginnt mit einer sprachlichen Kleinigkeit: Die Kampagne der Sozialdemokraten richtet sich auf die Einführung von Mindestlöhnen, während sich die Forderung der Linken wie der Gewerkschaften eindeutig auf die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes richtet. Wenn die SPD beim Plural bleibt und gleichzeitig auf das Wörtchen gesetzlich verzichtet, verkauft sie der Öffentlichkeit eine Mogelpackung, denn nur ein gesetzlicher, in allen Branchen verbindlicher Mindestlohn kann Löhne unter der Armutsgrenze verhindern. Die offizielle Armutsgrenze der Europäischen Union ist eindeutig und liegt bei 50 Prozent des durchschnittlichen Nettolohnes. Rund 2,5 Millionen liegen trotz Vollzeitarbeit unter dieser Grenze.

Es wird immer unterschiedliche Lohnniveaus geben, gestaffelt nach der Qualifikation der Beschäftigten und abhängig von

der Produktivität der Branche oder des einzelnen Unternehmens. Daran wird ein gesetzlicher Mindestlohn nichts ändern. Die Absicherung gegen Armut aber ist ein Verfassungsgebot, das durch die Europäische Sozialcharta gestützt wird.

Doch um die Einhaltung dieser Verfassungsnorm drückt sich die SPD herum, wenn sie weder einen allgemeinen und gesetzlichen Mindestlohn fordert, noch eine der Norm entsprechende Höhe angibt. Das kann und soll uns nicht davon abhalten, die Kampagne der SPD zu unterstützen, weil jede Aktivität begrüßenswert ist, die sich gegen Lohndumping richtet. Aber umso wichtiger ist es, dabei nicht stehen zu bleiben und gerade bei den bevorstehenden Mai-kundgebungen einen existenzsichernden, gesetzlichen Mindestlohn zu fordern.

Harald Werner, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linkspartei.PDS

Ab 1. Juli für Rentner drei Schokoriegel mehr Rentner Hans im Glück

Rentner Hans und seine Frau Trudchen haben ihr gesamtes Leben hart gearbeitet und immer fleißig in die Rentenkassen eingezahlt. Jetzt erreichen sie auf Grund der Gnade ihrer frühen Geburt noch mit 65 Jahren das Ende ihres Arbeitslebens. Sie sollen mit dem Alterslohn, der heute Rente heißt, reichlich belohnt werden. Angeblich aber sind die Sozialkassen leer, meint Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) mit der für Politiker fast schon obligatorischen Floskel der fehlenden Alternative. Oder ist er nur der betrügerische Tauschpartner, der an Stelle des schweren Goldklumpens eine Mini-Erhöhung der Rente aus dem Hut zaubert.

Obwohl uns die Politik das Märchen von den „reichen“ Rentnern erzählt, tragen die Senioren nicht all zu schwer an ihren Altersbezügen. Männer bekommen derzeit in Westdeutschland im Schnitt 976 Euro Altersrente im Monat, bei Frauen sind es sogar nur 465 Euro. Im Osten wird auf Grund längerer Lebensarbeit mit 1056 und 663 Euro etwas mehr auf die Konten überwiesen. Das soll anders werden, Müntefering möchte, dass sich die rund 20 Millionen Rentner jetzt, nach drei Nullrunden seit 2003, endlich über seine Rentenerhöhung freuen. „Es wird zum 1. Juli

dieses Jahres eine Anhebung der Renten um 0,54 Prozent geben“, sagte der Franz Müntefering stolz. Die positiven Entwicklungen bei Löhnen und Beschäftigung machen es möglich. Dass das Bundeskabinett und der Bundesrat der Mogelpackung zustimmen werden, gilt als sicher.

Auch gesundheitlich gehe es den Hans und Trudchen immer besser, meinen die Verkäufer der guten Nachrichten. Solidarisches Zusammenleben in Senioren-WGs verhindere das Abwandern ins Altersheim. Auch Mallorca-Urlaub oder ein neuer Treppenlift sind mit der Rentenerhöhung nicht drin. Eine Frau im Westen kann mit einer Rentenerhöhung von 2,50 Euro rechnen. Das sind gerade mal drei Schokoriegel mehr im Monat. Von den 1,2 Milliarden Euro, die zusätzlich pro Jahr an die Rentner fließen, bleiben ihr konkret also nicht viel.

Doch nicht einmal die Süßigkeiten sind sicher, denn auch ihr Preis steigt stetig. Aber sie sind ja auch nicht gesund und machen dick, also können Hans und Trudchen von Glück reden, dass sie die Riegel nicht kaufen können. „Die Rentenerhöhungen sind für die Rentner ein Nullsummenspiel“, meint Adolf Bauer, Präsident des Sozialverbands Deutschland. Durch die Anhebung der Krankenkassenbeiträge zum 1. April bleibe von der Erhöhung nichts mehr übrig. Unter dem Strich haben die Rentner nicht mehr, sondern weniger im Portemonnaie.

Steigende Renten – weniger in der Tasche? Das ist kein Ammenmärchen. Frag mal Rentner Hans nach den Steigerungen für Medikamente und Krankenkasse, Strom und Wasser, und er wird dir sagen: „Wir haben es schon immer gewusst, Müntefering lässt die kleinen Leute nicht im Stich. 0,54 Prozent Steigerung – das ist der Wahnsinn! Ich werde mir mal bei Gelegenheit ausrechnen, was ich mit dem vielen Geld mache. Vielleicht eine Radtour zum Wannsee? Vielleicht ist ja noch

ein Kaffee und ein Würstchen drin. Meinen die im Bundestag und in der Regierung eigentlich, wir sind blöd?“

Aber irgendwo muss doch das viele Geld sein, das der angebliche Aufschwung einbringt. Braucht es die große Koalition nur für die Tornadoeinsätze in Afghanistan oder für den G8-Gipfel in Heiligendamm? Nein, seit dem 1. Oktober 2006 bekommen alle 614 Bundestagsabgeordneten 3000 Euro im Monat mehr. 13 660 Euro statt bisher 10 660! Unterm Strich kostet jeder Abgeordnete dem Steuerzahler gut 26 000 Euro im Monat zuzüglich weiterer Kosten, wie Fahrdienst usw. Die üppigen Transferleistungen werden jedem Abgeordneten gezahlt, egal ob er 5 000 oder 50 000 Euro nebenbei verdient.

Von Hans im Glück fordert das Märchen, dass er sich über den Betrug auch noch freuen soll. In der Realität 2007 ist das hoffentlich anders. Hans und Trudchen können nicht mehr auf die Barrikaden gehen, aber sie müssen in Zukunft genau überlegen, ob sie sich das Märchenbuch der Brüder Grimm noch leisten können.

Elvira Strauß, Erkner

Frühling lässt sein blaues Band ...

Belebend dieses herrliche Gedicht von Mörike. Der grimmige Winter verzieht sich, es wird blühen und grünen, die Natur erwacht, sagt man.

Zur Natur gehören Menschen und zu denen Sex. Manche mögen es naturverbunden, auf Waldwiesen vielleicht oder in der Nähe von Ameisenhaufen, bei Vögelgezwitscher und Dachsgebrumm. Künftig wird es im Land Brandenburg ein natursexfreies Territorium geben, das Schlaubetal. Im zuständigen Amt erfand man neue Vorschriften zur „Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“, wonach das „Ausüben von öffentlich wahrnehmbaren sexuellen Handlungen (z.B. Freiluftsex)“ verboten

Netzwerk des Protests

Zur Vorbereitung der Proteste zum G8-Gipfel in Rostock im Juni 2007 entsteht ein Bündnis, das plant, 100 000 Menschen in die Hansestadt zu bringen, um dem Protest gegen die G8 eine laute Stimme zu geben.

www.g8proteste-dieLinke.de
www.heiligendamm2007.de
www.block-g8.de
www.move-against-g8.de

Wow! Jetzt können wir uns sogar die kommende Erhöhung der Krankenkassenbeiträge leisten!!



Da kommt Freude auf: Endlich wieder mehr Rente!

und im Falle des Erwischtwerdens mit fünfunddreißig Euro Bußgeld zu bestrafen ist. Beschlossen haben das Gemeindezertreter. Auf Hochständen wird es keine Jäger mehr geben, nur noch fernglasbewaffnete Sexbeobachter, Politessen werden ausgiebige Waldspaziergänge unternehmen dürfen, und Vögel werden beim Menscheln auf die bedauernswerten Menschen herabsehen. Erstaunlich ist immer wieder, dass es solcherart Vorschriftenerfindern gelingt, sich vermehren.

„Über allen Gipfeln / Ist Ruh ... / Warte nur, balde / Ruhest (und zahlst) du auch.“

Till



Zur Diskussion um den Entwurf eines Leitbildes für Brandenburg

Soziale Gerechtigkeit ist eine Notwendigkeit, nicht nur eine Möglichkeit

Linke, die in gewählten Vertretungen ständig in Entscheidungssituationen stehen, auf die sie sich häufig genug nicht detailliert vorbereiten können, können den Entwurf eines Leitbildes nur begrüßen. Sie brauchen schließlich eine Orientierung für Entscheidungen, auch weil sie oft – und von politischen Kontrahenten überwiegend so gewollt – gar nicht die Möglichkeit haben, sich mit anstehenden Einzelentscheidungen gründlich zu befassen.

Eine solche Orientierung muss natürlich den Rahmenbedingungen des politischen Handelns Rechnung tragen. Sie ist zwangsläufig mit der Frage verbunden, was unter den gegebenen Bedingungen z.B. Landes- oder Kommunalpolitik ausrichten kann. Aber auch: Wann das Unmögliche gefordert werden muss, um das Mögliche zu erreichen.

In diesem Kontext hätte ich auch die Suche nach einem Leitbild für die Landespolitik gesehen. Es sollte Antwort geben auf die Frage: Wie soll, wie kann unser Brandenburg aussehen? Und es darf das Land Brandenburg

nicht in ein gesellschaftliches Nirwana verlegen. Denn selbstverständlich handelt es sich um Landespolitik in der Bundesrepublik Deutschland als Teil der Europäischen Union. Denn wenn so ein Leitbild von den Rahmenbedingungen – das heißt vom real existierenden Kapitalismus in der Bundesrepublik Deutschland – abstrahieren sollte, ist es in den tatsächlichen Kämpfen unserer Zeit kaum Orientierung und nicht viel Wert.

Mit dem Entwurf wird eingangs die Frage gestellt: „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“ Ein Schlüsselsatz der mit dem Entwurf des Leitbildes versuchten Antwort auf diese Frage lautet: „Brandenburg braucht einen leistungsfähigen Staat der soziale Gerechtigkeit durchsetzen kann, der Freiheit für alle erlebbar macht und die demokratische Teilhabe aller stärkt.“

Das erscheint auf den ersten Blick für Linke fast perfekt. Aber dann kommen nicht nur Zweifel, sondern ganze Schwadronen von Pferdefüßen. Denn mit diesem Satz wird

Antwort auf die Frage gegeben, in welcher Gesellschaft wir leben wollen.

Ich für meinen Teil jedenfalls will in einer sozial gerechten Gesellschaft leben. Die bloße Möglichkeit für den Staat, eine solche Gesellschaft durchzusetzen, reicht mir nicht. Und ich denke, ein „leistungsfähiger Staat“ (was immer das für ein Staat sein soll) mag eine notwendige Bedingung für soziale Gerechtigkeit sein. Hinreichend ist er dafür auf keinen Fall. Mithin wird er soziale Gerechtigkeit auch nicht (alleine) durchsetzen können.

Ganz nebenbei löst der Leitbild-Entwurf mit diesem Satz den fundamentalen Unterschied von Kapitalismus und Sozialismus auf. Denn entweder ist der „leistungsfähige Staat“ des Leitbildes im Nirwana angesiedelt, oder er verkörpert das Bild eines sozial gerechten Kapitalismus. Und wenn es den denn auf der Basis der Profitwirtschaft, auf der Basis der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen geben kann, dann braucht es keinen Sozialismus mehr. Auch keinen „demokratischen“.

So gesehen sind dann auch die Versuche in der begleitenden Diskussion zu verstehen, den kapitalistischen Markt, Konkurrenz und Profit – und in gewissen Grenzen auch fortschreitende Privatisierungen – als für Linke nicht in Frage zu stellende Bedingungen gesellschaftlichen Lebens darzustellen.

Das ist aber noch nicht alles: Hinsichtlich der sozialen Gerechtigkeit ist dieses Leitbild mit einer Möglichkeit zufrieden (... die durchgesetzt werden kann).

Freiheit dagegen soll erlebbar sein. Was war in der Geschichte nicht alles „erlebbar“. Erlebbar über einen großen Teil der Menschheitsgeschichte, dass die Sonne sich um die Erde dreht. Das ist nicht die Wahrheit, wurde aber erlebt. Und die Demokratie wollen wir schon gleich gar nicht durchsetzen oder ge-

währleisten. Da soll die demokratische Teilhabe aller (ein wenig?) gestärkt werden.

Es mag ja sein, dass ich hier zuspitze. An zufällige Doppeldeutigkeiten, Unschärfen oder gar Unwissen glaube ich allerdings nicht mehr. Und die Motive der Autoren sind schlicht unwichtig. Wichtig ist zu erkennen, in welche Richtung hier eine Partei gelenkt wird. In dem analysierten Satz tritt ein Weltbild zu Tage, dem das Leitbild folgt.

Manche andere Dinge scheinen einfach amüsant. Wenn Emmanuel Kant – geboren, gelebt, gelehrt und gestorben im ostpreussischen Königsberg – im Leitbild zum Brandenburger wird. Gar nicht amüsieren allerdings würde mich ein Konzept, durch das Leitbild (unausgesprochen) Brandenburg als fortlebendes (klein-) Preußen vorzuzeichnen. Denn wer es noch nicht verstanden haben sollte: Die „Rehabilitierung“ des von den Siegern des Zweiten Weltkrieges aufgelösten Preußen durch den Zeitgeist fällt rein zufällig in eine Zeit, da wesentliche Bestandteile preussischer Tradition in der deutschen Außenpolitik wieder aufleben. Aber vielleicht sehe ja nur ich diesen Zusammenhang.

Ich wiederhole: Die Frage, welches Brandenburg wir anstreben, ist nicht nur legitim, sie ist notwendig.

Damit dieses Leitbild den Bezug zur gesellschaftlichen Wirklichkeit, zum täglichen politischen Handeln nicht verliert, muss diese Frage jedoch konkreter gestellt werden: Welches Brandenburg streben wir mit den Gestaltungsmöglichkeiten der Landes- und Kommunalpolitik innerhalb der Bundesrepublik Deutschland an? Was können wir an Zielsetzungen verantworten, und was nicht?

Wenn Sie die Diskussion auf diese Fragen konzentriert, dürfte sich die Leitbild-Debatte auch besser entwickeln, als bisher.

Dr. Artur Pech, Schöneiche

Interview mit einem jungen Mitglied des Landtages Brandenburg

Studium und Landtag – Der Spagat des Peer Jürgens



Peer Jürgens

Mitglied des Landtags Brandenburg, Fraktion die LINKE.PDS, Sprecher für Hochschul-, Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik, Mitglied im Ausschuss für Kultur, Wissenschaft und Forschung

geb. 1980, 2000 Abitur am Gymnasium Erkner, 2000–2001 Zivildienst in der Jüdischen Gemeinde „Adass Isroel“ in Berlin,

seit 2001 Student Politikwissenschaft/Jüdische Studien an der Universität Potsdam, seit 2002 Stipendiat der Rosa Luxemburg Stiftung, 2003–2004 Referent im Asta der Uni Potsdam, seit 1998 Stadtverordneter für die DIE LINKE. PDS in Erkner, seit 2006 Mitglied des Kreisvorstandes der Linkspartei.PDS Oder-Spre

Zunächst erst einmal recht herzlichen Glückwunsch, lieber Peer zu Deiner gerade bestandenen Hebräisch-Prüfung.

Danke. Du kannst Dir sicher vorstellen, wie froh ich darüber bin, es geschafft zu haben, denn das Lernen des biblischen und des modernen Hebräisch war eine gewaltige Anstrengung. Drei Tage pro Woche Lehrveranstaltungen, Vokabeln pauken und Texte lesen liegen jetzt hinter mir. Damit habe ich endlich die Grundlage dafür, in meinen Studiengang „jüdische Studien“ bald die Zwischenprüfung ablegen zu können. In meinem zweiten Hauptfach, der Politikwissenschaft, habe ich alle notwendigen Scheine für den Studienabschluss.

Jüdische Studien und Politikwissenschaft – nicht gerade zwei alltägliche Studiengänge. Wie bist Du gerade auf diese Richtung gekommen?

„Schuld“ daran sind eigentlich mein Engagement in der ANTIFA-Gruppe Erkner Ende der neunziger Jahre und mein Politiklehrer am Erkneraner Gymnasium, Herr Lohn. In der Schule beschäftigten wir uns in Projekten im Fach politische Bildung mit dem Antisemitismus. Nach dem Abitur leistete ich den Zivildienst in der Jüdischen Gemeinde „Adass Isroel“ in Berlin ab. Das alles war so interessant, dass ich mich ab Oktober 2001 an der Uni Potsdam einschrieb. Ich wollte immer wissen, warum sich die deutschen Faschisten gerade die Juden als Feind ausgesucht hatten.

Weißt Du jetzt, warum Deutschland die Vernichtung der jüdischen Menschen betrieb?

Das faschistische System in Deutschland knüpfte an jahrtausendelange Diskriminierungen an. Zuerst gab es eine religiöse Verfolgung, dann kam eine wirtschaftliche hinzu und Ende des 19. Jahrhunderts konstruierte man rassistische Argumente. Alles das ließ sich sehr gut für die Profitinteressen der deutschen Wirtschaft missbrauchen.

Ich habe bei einem Besuch in Israel gesehen, dass es sehr wohl möglich ist, dass die drei großen Weltreligionen auf engstem Raum nebeneinander leben.

Seit Oktober 2004 bist Du Mitglied des Brandenburger Landtages. Wie schaffst Du Studium und Abgeordnetentätigkeit zu koordinieren?

Bis 2003 habe ich ausschließlich studiert und eine Menge im Fach Politikwissenschaft abschließen können. Danach wählten mich meine Kommilitonen für ein Jahr als Referent für Hochschulpolitik in den AstA der Uni Potsdam. Das ist zwar ein Ehrenamt, aber eigentlich hatte ich als „Minister“ der „Studentenregierung“ einen Vollzeitjob. Landtagsabgeordneter ist sogar mehr als Vollzeitjob. Ich habe trotzdem immer versucht, wenigstens jeden Montag dem Studium zu widmen. Frei-

tags läuft an der Uni fast nichts. Die besten Vorlesungen gibt es zwar in der „Di-Mi-Do-Woche“, da viele ProfessorInnen Dienstag angereist kommen und donnerstags wieder bei ihren Familien sein wollen, aber dienstags ist Landesfraktionssitzung, mittwochs und donnerstags Landtag. Es kam schon mal vor, dass Themen im Landtag meinetwegen verschoben wurden. Die andere Seite ist, dass ich jetzt lange über die Regelstudienzeit hinaus studiere. Gott sei dank gibt es in Brandenburg keine Langzeitstudiengebühren. Sie wären auch kontraproduktiv, wenn das Engagement der „Studis“ gefördert werden soll.

Du bist hochschulpolitischer Sprecher der Linksfraktion.PDS und Mitglied des Ausschusses für Kultur, Wissenschaft und Forschung. Welches sind Deine Arbeitsschwerpunkte?

Da ich über die Landesliste der Linkspartei.PDS in dieses Haus kam, habe ich keinen eigenen Wahlkreis. Was lag näher, als dass ich mich auch hier mit der Hochschulpolitik beschäftige. Ich bin im Kontakt mit den Unis und den Fachhochschulen, den Studierendenvertretungen und vielen anderen Einrichtungen sowie Experten. Gemeinsam mit den Fraktionskollegen erarbeite ich Konzeptionen zur Hochschul-, Innovations- und Wissenschaftspolitik. Meine Anfragen, Anträge und Initiativen sind auf meiner Internetseite nachzulesen.

Uns geht es um die Verbesserung der Qualität des Studiums an allen Bildungseinrichtungen. Dazu brauchen die Bildungseinrichtungen mehr Geld und qualifiziertes Personal. Frau Wanka soll wissen: Mit uns sind Studiengebühren nicht zu machen. Wir kämpfen für einen Tarifvertrag für studentische Mitarbeiter, den es in Berlin seit den siebziger Jahren gibt. Es muss endlich Schluss gemacht werden mit der Ausbeutung der Studierenden während und nach Abschluss des Studiums. Ich nenne hier nur das Stichwort: Generation Praktikum.

Wie siehst Du Dein Traum für die Zeit nach Abschluss Deines Studiums aus?



Peer Jürgens ist mit dem mobilen Jugendwahlbüro immer direkt vor Ort

2009 sind in Brandenburg wieder Landtagswahlen. Bis dahin will ich das Abschlusszertifikat in der Tasche haben. Ich möchte meinen Wählern sagen können, ich bin mit der Ausbildung fertig. Sollte ich nicht wieder als Abgeordneter gewählt werden, kann ich vielseitig einsteigen in die Wissenschaft, den Journalismus oder bei verschiedenen Organisationen.

Die Fragen stellte Dr. Elwira Strauß

www.peer-juergens.de

Kontakt: Telefon (03 31) 9 66 15 56
E-Mail: peer.juergens@lt-dielinke-fraktion.brandenburg.de

- Peer Jürgens „newsletter“ kann über seine E-Mail-Adresse bezogen werden.
- „pe(e)r podcast“ – den witzigen Kommentar eines Landtagsthemas per Audio-datei empfangen Sie über seine Internetadresse, z.B.: *pe(e)r podcast 09* – Halbzeitbilanz der Regierung, *pe(e)r podcast 08* – Konflikt zwischen den Landesregierungen Berlins und Brandenburgs zum Thema Wirtschaftsförderung

„... es gibt keinen Befehl Hände zu brechen.“

so sagen manch naive Stimmen und sie haben sogar recht. Nur war die Frage anders gestellt.

Eine kleine Anekdote von zivilem Ungehorsam und antifaschistischem Widerstand, übermütigen Einsatzbeamten und gebrochenen Knochen und einer parteiinternen Kontroverse um ein Entwurfspapier.

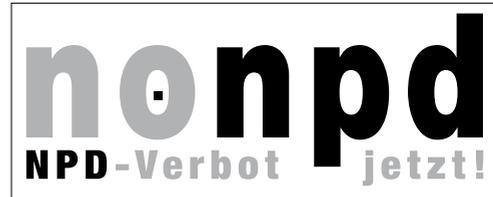
Am 27. Januar 2007 erlitt der Frankfurter Handwerker Stefan T. einen Bruch am Mittelhandknochen. Nicht weil er von einer Treppe stürzte, sondern weil er zu denen gehörte, die sich der Demonstration der NPD in den Weg setzten, um sie am marschieren zu hindern. Diejenigen, welche Erfahrungen im „Sitzblockieren“ haben, berichteten von einer der brutalsten Räumungen, die sie je erfahren haben.

Jüngst, am 3. März 2007 stürzte der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im Landkreis Oberhavel und zog sich dabei einen Bruch am Handgelenk zu, welcher sogar operiert werden musste. Nicht weil er betrunken aus einer Kneipe stolperte, sondern weil er als Teilnehmer an einer Protestkundgebung gegen Neonazis in Halbe von einem Einsatzbeamten zu Boden gestoßen wurde. Eine polizeiliche Maßnahme war an diesem Punkt jedoch nicht erforderlich.

Im Fachjargon der Polizei heißt das dann: „Anwenden von leichter körperlicher Gewalt“.

Dass es von „leichter Gewalt“ verschiedene Auffassungen gibt, nahm das Büro des Mitglieds des Landtags Stefan Sarrach zum Anlass, ein Entwurfspapier zu fertigen, welches das Brandenburgische Polizeigesetz auf die Kennzeichnungspflicht von Beamten im Einsatz erweitern könnte. Dann gäbe es die Möglichkeit unabhängige Richter entscheiden zu lassen, ob der Einsatz der Mittel verhältnismäßig war. Das Beamte im Einsatz nicht anonym agieren sollen, ist in diesem Gesetz schon gewährleistet durch § 9 (Legitimations-

pflicht). Allerdings besagt dieser Paragraph auch, das Beamte sich nicht legitimieren müssen, wenn die Maßnahme dadurch gefährdet würde.



Dies führt in der Praxis immer wieder dazu, dass einzelne Beamte mit unverhältnismäßiger Härte durchgreifen können und danach in einer einsatzeigenen Anonymität „verschwinden“. In der Regel werden diese von den Kollegen gedeckt. Der Name des Beamten wird verheimlicht, von Polizeikräften vor Ort werden keine Anzeigen aufgenommen und im Nachhinein erstattete Anzeigen werden eingestellt, da der Polizist/Täter nicht ermittelt werden konnte.

Sowohl der geschädigte Genosse aus Oberhavel als auch der Frankfurter Antifaschist würden von unseren Abgeordneten der Linksfraktion.PDS erwarten, dass sie sich im Landtag für eine Kennzeichnungspflicht einsetzen. Tatsächlich gibt es aber wider Erwarten Befindlichkeiten und Widerstände gegen solch ein Entwurfspapier. Der wohl plumpste Beitrag in diesem Diskussionsprozess ist: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass es einen Befehl zum Händebrechen gibt.“ Aber auch andere Sprüche entbehren jeglicher politischer Sensibilität wie sinngemäß: „wenn Menschen eine Nummer an der Arbeitskleidung tragen“ dann kriege das einen anrühigen Charakter. Dieser Vergleich mit Zwangsarbeitern im Nationalsozialismus ist schon deshalb abwegig, weil es nicht die Beamten sind, die hier unter einem faschistischen Regime zu leiden haben, sondern Antifaschisten die eins auf die Fresse kriegen, wenn sie sich Nazis in

den Weg stellen und danach praktisch keine Chance haben, zu ihrem Recht zu kommen. Aber es geht auch ganz banal. So gibt es sich mit Innenpolitik beschäftigende Leute unter unseren Landtagsabgeordneten, die der Meinung sind, dass man so etwas zur Zeit nicht diskutieren könne, da z.B. der Draht zur Gewerkschaft der Polizei (GdP) so gut ist. Wäre dem im Allgemeinen tatsächlich so, würden sich ihre Beamten vielerorts anders verhalten.

Tendenziell geht die Diskussion leider in die Richtung, dass eher Rücksicht genommen

wird auf Leute, die gern ein Kaffchen mit der GdP trinken, statt sich mit denen zu solidarisieren, die antifaschistischen Widerstand auf der Straße ausüben mit der Konsequenz, dass sie dabei ihre Gesundheit aufs Spiel setzen. Der Kaffchenflügel in unserer Landtagsfraktion hat dafür natürlich kein Bewusstsein, denn für sie ist es schon Widerstand, wenn sie zusammen mit dem Innenminister auf dem jährlichen November-Fest in Halbe eine Bratwurst essen können.

Paul Rothe,

Mitarbeiter des MdL Stefan Sarrach

Linkspartei-Jugendverband fordert Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte

Polizist verletzte Demonstrant gegen Naziaufmarsch

Während des Polizeieinsatzes am 3. März in Halbe kam es zu Übergriffen seitens Polizeibeamter auf Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Demonstration gegen den Naziaufmarsch. Dabei wurde der Fraktionschef der Linksfraktion im Kreistag Oberhavel, Peter Ligner, verletzt.

Es ist dies nicht das erste Beispiel von unverhältnismäßiger Aggression und offen ausgelebten Wutausbrüchen während eines Polizeieinsatzes. Die Opfer stehen hinterher meist allein da oder werden für die Wahrnehmung ihrer Grundrechte als KrawallmacherInnen kriminalisiert, die es nicht anders verdient hätten, weil sie gegen „Ruhe und Ordnung“ verstießen.

Peter Ligner hat Recht, wenn er die Einführung der Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte fordert. Auch die Linkspartei.PDS in Berlin fordert seit Jahren die individuelle Kennzeichnung von Polizeibeamten, die in den Koalitionsvertrag des ersten Rot-Roten Senats aufgenommen wurde.

Mit der individuellen Kennzeichnung von Polizeibeamten soll es möglich werden, Polizeibeamte, die sich im Dienst strafbar machen (z.B. durch Körperverletzungen), zu identifizieren und zur Rechenschaft zu

ziehen. Es ist aus unserer Sicht nicht zu akzeptieren, dass Polizistinnen und Polizisten, die in weder rechtlich noch moralisch zu rechtfertigende Übergriffen auf friedliche BürgerInnen verwickelt sind, sich hinter ihren Helmen und Uniformen verstecken können, während eben selbe BürgerInnen sich ungeschützt und wehrlos von der Polizei abfilmen lassen müssen.

Wir fordern die Linkspartei.PDS im Berliner Abgeordnetenhaus auf, alles zu unternehmen, die versprochene und längst überfällige individuelle Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen in praktiziertes Landesrecht umzusetzen. Gleichzeitig fordern wir die Linksfraktion.PDS im Brandenburger Landtag auf, einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorzubereiten.

Im Namen des Rechtsstaats prügelnde PolizistInnen sind kein schützenswertes Gut und müssen zur Rechenschaft gezogen werden können, wenn sie im Dienst Straftaten begehen. Peter Ligner wünschen wir auf diesem Wege gute Besserung.

Norbert Müller, stellv. Landesvorsitzender des Linkspartei.PDS- und WASG-nahen Jugendverbandes [solid] Brandenburg, und Haimo Stierner, Landessprecher [solid] Berlin

Das Weltsozialforum 2007 in Bild und Ton

Andreas Trunschke hat am siebenten Weltsozialforum von 20. bis 25. Januar 2007 in Nairobi teilgenommen. In einer Dia-Ton-Show präsentiert er seine Eindrücke. Eindrucksvolle Bilder sind mit originaler Musik, mit Losungen und mit Ausschnitten aus Diskussionsbeiträgen unterlegt. Menschen aus vielen Ländern trafen sich in der kenianischen Hauptstadt und sind hier in Bild und Ton zu erleben: Menschen u.a. aus Sambia, aus den USA, aus dem Irak, aus Palästina, aus Großbritannien, aus Äthiopien, von den Philippinen, aus Brasilien, aus Ägypten und selbstverständlich aus Kenia und aus Deutschland. Es entsteht ein farbenfrohes, Widersprüche nicht ausklammerndes, insgesamt aber den Esprit und die Hoffnung des Weltsozialforums ausstrahlendes Bild. Wer die 20 Minuten dieser Dia-Ton-Show gesehen hat, versteht besser, was das Faszinierende an den Weltsozialforen ist – und warum sie notwendig sind. Enthalten sind Ausschnitte aus der Eröffnungsrede von Kenneth Kaunda, der Sturm auf ein Restaurant, Interviews mit dem Träger des Alternativen



Nobelpreises Walden Bello und mit der ostdeutschen Schriftstellerin Daniela Dahn. Der Vorsitzende der Linkspartei in Berlin, Klaus Lederer, berichtet über seinen Marsch durch die Slums Nairobis.

Seit kurzem kann dieser Bericht vom Weltsozialforum 2007 auch im Internet angesehen werden. Man geht dazu auf die Seite der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg www.bbg-rls.de und sieht dort unter Publikationen nach. Oder man geht gleich auf www.myvideo.de und gibt als Suchbegriff „Weltsozialforum“ ein. Wer eine bessere Qualität braucht, beispielsweise für Veranstaltungen zur Vorbereitung auf das zweite deutsche Sozialforum, das vom 18. bis 21. Oktober in Cottbus stattfinden wird, der kann sich auch gegen eine Schutzgebühr (incl. Porto) von 10 Euro eine DVD bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, 14471 Potsdam, Dortustraße 53 oder luxembbg@t-online.de besorgen.

Detlef Nakath, Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg

Linkspartei.PDS fordert Rückflug der Tornados

Mit alten Vögeln auf die Reise

Umkehr auf halber Strecke, Rechnungen aus Russland – den Einsatz deutscher Tornados in Afghanistan begleiten seltsame Umstände, meint NZ-Kolumnist Graf Nayhaus. Die in dieser Woche im Beisein von Verteidigungs-

minister Jung erfolgte Entsendung von deutschen Aufklärungs-Tornados zum Einsatz in Afghanistan steckt voller Merkwürdigkeiten.

Zwei der zehn Maschinen sind bereits wieder zu ihrem Fliegerhorst in Jagel, Schleswig-

Holstein, zurückgekehrt! Sie flogen nur bis zum ersten vorgesehenen Tankstopp auf Sardinien, waren als Reserve eingeplant, falls eine oder gar zwei Tornados ausfallen würden. Das war nicht der Fall, so verblieben noch acht, die zum nächsten Tankstopp in den Arabischen Emiraten weiterflogen. Dort legten erst einmal alle Besatzungen gestern einen Ruhetag ein.

Heute treten wiederum von den acht Maschinen zwei weitere die Heimreise nach Deutschland an. Auch sie waren als Reserve gedacht, sollten bei den für den Einsatz vorgesehenen sechs Tornados technische Mängel eintreten. Die Aufklärungs-Tornados der Bundeswehr sind alte Vögel, die über 25 Jahre auf dem Buckel haben. Da wollte die Luftwaffe auf Nummer sicher gehen.

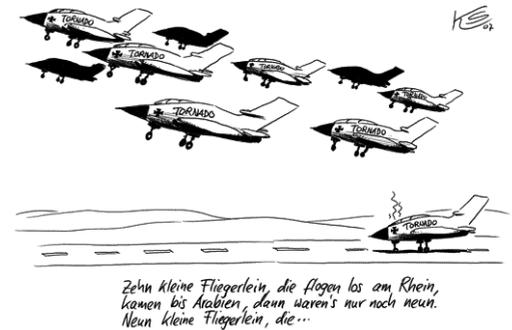
Das Seltsame: Weder der Minister noch der Generalinspekteur der Bundeswehr Schneiderhan, der seinen Chef zum „Winke-Winke“ nach Jagel begleitete, waren vorab informiert, dass insgesamt zehn Tornados auf die Reise geschickt würden – vier bereits bevor Jung und Schneiderhan auf dem Flugfeld eintrafen!

Knauserige Bundeswehr

Die ganze Operation offenbart noch ganz andere Schwächen. Auch nach fünfzig Jahren ihres Bestehens besitzt die Bundeswehr kein einziges Tankflugzeug, welches das Betanken der Tornados in der Luft ermöglicht hätte! Es werden Millionen für immer neue Auslandseinsätze ausgegeben, aber bei der Ausrüstung und Beschaffung neuen Geräts wird grundsätzlich geknausert. Das bemängelte bereits Jungs Vorgänger im Amt, Peter Struck.

Diese Unterlassung führte bei der Verlegung der Tornados auch dazu, dass alles Benötigte zum Ausbau und Betrieb des im Norden Afghanistans gelegenen Militärflugplatzes Mazar-i-Scharif nicht mit eigenen Großraumflugzeugen von Deutschland nach Afghanistan transportiert werden konnte. Dafür mussten russische Iljuschins gechartert werden!

Und vieles galt es zu transportieren: Wohn- und Arbeitscontainer, Wartungs- und Repara-



turwerkstätten, Sanitäts- und Fernmeldeeinrichtungen, Büroausstattung und -material, Computer, Verpflegung, Flugbenzin, sogar ein zerlegbarer Tower für die Fluglotsen und noch vieles mehr. Auf die Rechnung der Russen dürfen sich die Haushälter des Bundestags jetzt schon freuen.

Dass die inzwischen in Mazar-i-Scharif eingetroffenen sechs Aufklärungs-Tornados erst kommenden Montag der NATO einsatzbereit gemeldet werden, hat einen einfachen Grund: Besatzung und Bodenpersonal müssen sich erst mit der völlig neuen Aufgabe in total fremdem Gebiet vertraut machen. Dazu gehören Übungsflüge, vor allem der Anflug auf einen bis dato unbekanntem Flugplatz, der Funksprechverkehr mit dem Tower, die Auswertung am Boden der wiederum zu Übungszwecken von den Aufklärungs-Tornados gemachten Luftbilder und so weiter. Vier verbleibende Tage sind dafür eine verdammt knappe Zeit!

Was nun aber, wenn das Bundesverfassungsgericht am 18. April der Klage der Linkspartei im Bundestag stattgibt, wonach die Entsendung der Tornados rechtswidrig sei, weil die bisherige Zustimmung des Parlaments zum generellen Afghanistan-Einsatz nicht ausreicht, dass vielmehr ein gesondertes Gesetz verabschiedet werden muss?

„Dann“, sagte ein mit dem Einsatz befasster Offizier aus dem Verteidigungsministerium, „können wir ganz einpacken.“ Er meinte das eingedenk der Blamage gegenüber den Nato-Partnern im doppelten Sinn.

aus: www.netzeitung.de/deutschland, 5. 4. 07

Treffen der EU-Außenminister in Bremen 30. März 2007

Diplomaten vor Soldaten

Die Bundesregierung hat mit der Entscheidung, deutsche Tornados nach Afghanistan zu entsenden, unser Land noch tiefer in den Krieg verstrickt. Die Bundesregierung erwartet jetzt von anderen europäischen Ländern, ebenfalls ihr Afghanistanengagement zu verstärken.

So fordert der SPD-Außenexperte Klose, weitere deutsche Truppen nach Afghanistan zu entsenden. DIE LINKE. arbeitet dagegen am Konzept einer Exitstrategie und fordert den Abzug sämtlicher deutschen Truppen aus Afghanistan.

Nicht beraten sollen die europäischen Außenminister, wenn es nach dem Willen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft geht, über die Stationierung eines US-amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien. Angeblich wäre dies kein europäisches Thema. DIE LINKE. allerdings will, dass das Raketenabwehr-Thema auf den Tisch der EU-Außenminister kommt. Die US-Pläne spalten Europa und tragen zu Zonen unterschiedlicher Sicherheit auf unserem Kontinent bei. Mehr USA in Europa heißt auch weniger Sicherheit für Europa.

In Bremen muss die Frage neuer Impulse zur Lösung des Nahost-Konflikts diskutiert werden. Die deutsche Ratspräsidentschaft hat unser Land an den Tisch des so genannten „Nahost-Quartetts“ (EU, Russland, USA, UNO) gebracht. Nach der Bildung der palästinensischen Einheitsregierung könnte sich in der Nahost-Frage eine neue Dynamik zur Wiederbelebung des Friedensprozesses ergeben. Diese Chance darf die EU nicht verstreichen lassen. Auch in der EU mehrten sich die Stimmen, die Beziehungen zur neuen palästinensischen Regierung zu normalisieren. Die Bundesregierung weicht bisher diesem Problem aus. DIE LINKE. jedoch will Frieden für Israel und Gerechtigkeit für Palästina. Beides ist nur zusammen zu erreichen.

In der bisherigen Politik der Bundesregierung rangieren Soldaten immer noch vor Diplomaten. DIE LINKE. hingegen will dies vom Kopf auf die Füße stellen: Diplomaten vor Soldaten.

Wolfgang Gebrcke, Sprecher für internationale Beziehungen und Obmann der Fraktion DIE LINKE. im Auswärtigen Ausschuss

Vor 70 Jahren – am 26. April 1937 – bombardierten nazideutsche Bomber das spanische Guernica

Die Ehre der Blutvergießer

von Gerhard Zwerenz

Die in Bonn sitzende „Möldersvereinigung“ streut seit geraumer Zeit ein Mitteilungsblatt, in dem eine Gruppe „Möldermaner“, als die sich die Mitglieder familiär verbunden bezeichnen, in aller kriegerischen Unschuld beteuern, sie wollten „die unwürdige Kampagne gegen unseren Namensgeber nicht hinnehmen ...“

Gemeint ist die am 28. Januar 2005 von Verteidigungsminister Struck verfügte Umbenennung des Jagdgeschwaders 74, das bisher ebenso wie eine Kaserne den Namen des Fliegerhelden trug. Der heroische Widerstand gegen den Minister konstruiert eine heimliche Verbindung zwischen SPD und PDS und führt meine Bundestagsrede vom



Guernica ist eines der bekanntesten Gemälde Pablo Picassos (1937, Öl auf Leinwand, 351×782 cm). Es entstand als Reaktion auf die Zerstörung der spanischen Stadt Guernica während des Spanischen Bürgerkrieges. Es sich im Museo Reina Sofía, Abteilung Picasso, in Madrid.

24. April 1998 an, aus der hier der Aktualität wegen zitiert sei:

„60. Jahrestag der Bombardierung von Guernica – Tagesordnungspunkt 12 in der 231. Sitzung des Deutschen Bundestages – Gerhard Zwerenz (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe drei Minuten Zeit, für die Gruppe der PDS vorzuschlagen, Beschlussempfehlung und Antrag des Innenausschusses um einen Punkt 4 zu ergänzen, in dem nichts anderes als die Umbenennung von Kasernen gefordert wird, die immer noch den Namen deutscher Helden der Legion Condor tragen.“

Hörte die Bundeswehr und hörte diese Bundesrepublik endlich auf, jene hitlergehorsamen Franco-Söldner zu ehren, die den unerklärten, illegalen Krieg gegen die legale spanische Republik geführt haben, so wäre dies das wirklich menschliche Signal.

Im vorigen April, zum 60. Jahrestag der Stadtvernichtung durch deutsche Bomber, ließ Bundespräsident Herzog in Guernica immerhin eine Entschuldigungsbitte verlesen. Ich finde, das war schon viel zu spät. Immerhin ist es geschehen.

Jetzt will der Bundestag zum 61. Jahrestag nachziehen. Es wird aber nichts Neues

geschehen, es wird nichts geschehen, was wirklich zählt. Längst Versprochenes wird nicht gehalten. Selbst die entschuldigenden Worte kommen nur zögerlich. Denn in diesem Lande zählen immer noch die Mölders, Rommel und Heusinger – egal, ob sie nun in Spanien, Afrika oder Rußland ihrem Führer beim Blutvergießen gehorsam zur Hand gingen – mehr als die anderen, die dagegen Widerstand geleistet haben.“

Ich nannte internationale Kulturleute, die für die Republik und gegen Franco gekämpft hatten: von Hemingway über Koestler und Kantorowicz bis Orwell und Malraux – „... das wären alles beste Namen und beste Adressen für unsere Kasernen und Straßen, und es wäre ein Beginn der vielbeschworenen Europäisierung und Universalität an Stelle des nationalsozialistischen deutschen Sonderweges gegen Europa und gegen die ganze Welt. Ich finde es beschämend, dass es in diesem Hause einen irren, zähen Zustand gibt, der dazu geführt hat, dass man so lange um eine solche Erklärung hat ringen müssen. Ich meine, man hätte die Zivilcourage aufbringen müssen, wenigstens in diesem Jahr in eindeutigeren Worten zu sprechen, als es jetzt geschehen ist. Wer Guernica oder Dresden sagt, muss

wissen, dass es dazwischen eine Verbindungslinie gibt.“

Das Bundestagsprotokoll verzeichnet Beifall bei der PDS, die SPD ist nicht erwähnt. Unser Antrag auf Umbenennung von Kasernen wurde von PDS und Grünen bei Stimmenthaltung der SPD angenommen. Die Mehrheit kam zustande, weil die Masse der CDU/CSU/FDP-Abgeordneten offenbar fleißig diversen Nebenbeschäftigungen nachgehend dem Plenum fernblieb. Dass

Struck sieben Jahre später unseren Bundestagsbeschluss mindestens partiell vollzieht, dürfte ihm höchstens wegen der erheblichen Verspätung verübelt werden.

Der Versuch, Hitlers luftigen Lieblingskatholiken Mölders der Bundeswehr als Vorbild zu erhalten, gehört zu einer breit angelegten Werbekampagne. Wie für strahlend weiße Zähne wird für die Unschuld von Hitlers Soldaten Reklame gemacht. Jeder Tag im Kalender soll ein Heldengedenktag sein. Das Geschäft läuft immer besser. Daran wird verdient.

Das öffentliche Match Struck gegen Mölders geht mittlerweile in die zwölfte Runde. Der Militärminister will Mölders am Hindukusch nicht dabei haben. Die Pimpfe von 1939 sowie deren Söhne aber beten die Fotos ihrer Fliegerhelden Mölders, Galland, Rudel an. Die Herren schossen doch nur für Franco und Hitler. Ist das Ritterkreuz erst hakenkreuzfrei gefeilt, erstet der deutsche Übermensch als entnazifizierter Widerstandsgermane. Mölders zum Beispiel wagte sogar katholisch zu heiraten. Wir salutieren in Ehrfurcht. In der Wochenzeitung Der Freitag ficht der einsame Bundeswehr-Oberstleutnant Jürgen Rose fortgesetzt und unverdrossen gegen den grassierenden Mölders-Wahn der Luftwaffennarren. In der FAZ vom 22. März dagegen heiligt Vizeadmiral a.D. Günter Fromm das Luftkriegs-Aß. Und



dem Friedenskatholiken Jakob Knab, Sprecher der „Initiative gegen falsche Glorie“, der für seine unbeirrbar Aufklärungsarbeit von den zahlreichen Luftkämpfern attackiert wird, bescheinigt ein braver Herr Jochen Weder, dass Knab für „die Begriffe Soldatsein, Heldenmut, Kameradschaft, Einsatzwille, Verteidigung des Vaterlandes ...“ keinen Sinn besitze. Herr Weder ist Oberstleutnant a.D., Betriebsrat in einer florierenden Aufrüstungsfirma,

Mitglied im Wehr- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreis der CSU, ein untadeliger Christenmann also.

Wir Antikrieger sollten uns korrigieren und den fliegenden Kistengehirnen ihre geliebten Namen von Mölders bis Galland zurückgeben. Zwischen ihnen und Hitlers Ritterkreuzern besteht eine unauflösbare Blutsverwandtschaft.

Inzwischen fand sich der ganze lausige Kriegsadel, der schon die Wehrmachtausstellung bekämpfte, als gelte es die Schlacht von Stalingrad doch noch zu gewinnen, zur heldenhaften Mölders-Verteidigung ein. Inklusive Barrikadenheld und Hassprediger Arnulf Baring, der nicht will, dass „alle, die zwischen 1933 und 1945 gedient haben, unter Generalverdacht“ stehen. Bisher galt der Begriff „Aufstand der Offiziere“ den Männern des 20. Juli 1944, jetzt sind die Möldersverteidiger gemeint. Dies ist das Resultat von Innerer Führung. „War Fliegerheld Mölders ein Nazi?“ fragt so ein heutiger Fliegenheld im Internet Wir wissen nun: Wer für Franco und Hitler, für die katholische Kirche sowie das Ritterkreuz mit Schwertern, Eichenlauf und Brillantine focht, der war kein Nazi. Nazi war einzig und allein der Führer, der zwar auch katholisch war, doch nicht katholisch geheiratet hat. – Fortsetzung folgt im nächsten Wehrmachtsbericht

Erschienen in „Ossietzky“, 7/2005

Ministerpräsident Günther Oettinger schadet dem Ansehen Baden-Württembergs

Mit äußerst scharfer Kritik reagiert der baden-württembergische Abgeordnete und parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE., Ulrich Maurer, auf die Rede von Ministerpräsident Günther Oettinger bei den Trauerfeierlichkeiten zu Ehren von Hans Filbinger.

Maurer: „Man mag die Anwesenheit des Ministerpräsidenten bei der Trauerfeier eines so bekannten Parteifreundes noch hinnehmen, aber die Wiederholung von Filbingers Geschichtslügen ist eines Ministerpräsidenten eines demokratischen Landes schlicht unwürdig.“ Einen Mann, der von 1934 bis



1937 Mitglied der SA gewesen sei, als Gegner der Nazis zu bezeichnen, sei an Dreistigkeit kaum zu überbieten, die Behauptung, es sei niemand durch ihn zu Tode gekommen, schlicht falsch.

„In Wahrheit war Filbinger ein willfähriger Diener des Nazi-

systems, wie leider so viele, die in der Nachkriegszeit zu hohen Staatsämtern gelangt sind“, erklärt Maurer.

Deren Zustimmung für sich zu sichern, sei wohl das Hauptmotiv für Oettingers Bemerkungen gewesen, mit denen er dem Ansehen des Landes schwer geschadet habe.

Schöneicher Bündnis für Demokratie und Toleranz gegen Rechts am 11. April 2007 gegründet

Waldgartenkulturgemeinde Schöneiche für Demokratie und Toleranz – gegen, Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rassismus

Ein breites lokales Bündnis für Demokratie und Toleranz gegen Rechts haben am Mitte April Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen, Verbänden und Parteien in Schöneiche bei Berlin gegründet.

Sie wollen gemeinsam verstärkt gegen die Verbreitung von rechtsextremistischem, rassistischem und antisemitischem Gedankengut vorgehen. Bei ihrem ersten Treffen unterstrichen sie: „Menschenverachtendes Denken und Handeln passt nicht in unsere schöne Waldgartenkulturgemeinde mit ihrem demokratischen und sozialen Profil sowie den vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Das wollen wir hier nicht. Es sollte nirgendwo einen Ort für Nazis oder Neonazis geben, auch nicht in Schöneiche bei Berlin!“ Mit Veranstaltungen und kontinuier-

licher Präsenz will das Bündnis Flagge für ein tolerantes und demokratisches Schöneiche als Bestandteil des toleranten Brandenburgs zeigen. Mit dabei sind bisher der Fachbeirat Visionen für Schöneiche, Kunst- und Kulturgießerei, Evangelische Kirchengemeinde, Freiwillige Feuerwehr, Verein Schöneicher Heimatfreunde, Gemeindejugendvertretung, Integrationsverein Schtetl, DIE LINKE.PDS, SPD, Neues Forum und Verein für Sicherheitspartnerschaft sowie der Bürgermeister.

Das Bündnis ruft alle Bürgerinnen und Bürger auf, Gesicht zu zeigen und die Tradition des Schöneicher Forums für Toleranz und Weltoffenheit fortzusetzen, das nach 1998 mehrere Jahre gegen Ausländerfeindlichkeit und rechte Gewalt wirkte.

Renate Adolph, MdL

Jochen Reinert berichtet aus Sri Lanka

Ökodorf an 400 Tsunami-Opfer übergeben

Was für ein buntes Gewimmel an diesem warmen Januarmorgen am Rande von Weligama: Bauherren und künftige Bewohner strömen herbei, um das Ökovillage Weligama einzuweihen – eine schicke Wohnsiedlung für 400 Tsunami-Opfer.

Das Ökodorf schmiegt sich in die hügelige tropische Landschaft im Süden Sri Lankas. Im Zentrum der in frischen gelben und roten Farbtönen gehaltenen SODI-Siedlung gruppieren sich die beiden schlanken Gebäude des Medical Centre und des Kaufladens. Dahinter ein traditionelles Versammlungshaus. Gekrönt wird das Ganze von einem kleinen buddhistischen Tempel.

Der Einladung zur Einweihungszeremonie ist Landwirtschaftsminister Chamal Rajapakse – ein Bruder von Präsident Mahinda Rajapakse – ebenso gefolgt wie die Gouverneurin Kumari Balasooriya, der hohe buddhistische Würdenträger Midigama Soratha und der deutsche Botschafter Jürgen Weerth.

In der festlichen Stimmung – zwischen den Ansprachen immer wieder Auftritte junger Tänzerinnen – treten auch für den SODI-Beauftragten Thomas Gerbracht, ein deutscher Bio-Unternehmer aus Weligama, all die Schwierigkeiten in den Hintergrund, die es in den 14 Monaten seit der Grundsteinlegung zu überwinden galt:

Bürokratische Hemmnisse, rasant gestiegene Baupreise, Diebstähle und ein Überfall auf die Bauarbeiter.

Alle Redner sind sich einig: Das Projekt-SODI und die Aktion Deutschland Hilft trugen mit über 900 000 Euro, Frankfurt (Oder) und Slubice mit 15 000 und EKO-Stahl Eisenhüttenstadt mit 40 000 Euro dazu bei – ist nicht zuletzt dank seiner guten architektonischen Gestaltung, seiner optimalen Wasser-, Abwasser- und Stromversorgung beispielhaft. Minister Rajapakse verbindet seinen Dank für die große Tsunami-Spendenbereitschaft der Deutschen mit viel Lob für das Ökovillage. Besonders angetan zeigt er sich davon, dass die zweite Phase des Projekts u.a. mit dem Bau einer Verarbeitungsanlage für Biofrüchte den Neusiedlern auch günstige Einkommensmöglichkeiten bietet – eine Dimension, die das Ökodorf von ähnlichen Projekten an der Südküste Sri Lankas unterscheidet.

Auch für Klaus-Dieter Peters, den aus Berlin angereisten SODI-Projekt Koordinator, ist dies ein großer Tag. Er hat das Projekt von seiner Geburtsstunde an – der Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding mit der Regierung Sri Lankas im Juni 2005 – ständig begleitet. Nun würdigt er in seiner Ansprache das Ökovillage als ein Gemeinschaftswerk, das „eine Brücke der Solidarität über Tausende von Kilometern zwischen Deutschland und Sri Lanka geschlagen hat“.

In der Tat: Es ist ein sehr anspruchsvolles Gemeinschaftswerk, bei dem die srilankischen Behörden, die das Land für die Siedlung zur Verfügung stellten, die beteiligten Architekten- und Baufirmen und die sozial sehr engagierten Mönche des nahegelegenen buddhistischen Agrobodi-Tempels

eng mit SODI zusammenwirkten. Dann der Höhepunkt der feierlichen Zeremonie: Aus den Händen des Ministers, der Gouverneurin und des SODI-Koordinators erhalten Ange-

hörige der 50 Tsunami-Familien symbolisch ihren Hausschlüssel. Am nächsten Tag machen sie sich neugierig mit ihren neuen Heim vertraut.

Glückliche Neusiedler im „Ökovillage“

Der 28-jährige Nalaka Udayanga ist überglücklich. Am Tag zuvor nahm er während der Eröffnungszeremonie symbolisch den Hausschlüssel entgegen. Nun macht er sich vorsichtig mit dem neuen Heim im „Ökovillage Weligama“ vertraut. Das untere Geschoss beherbergt Wohnzimmer und Küche, über eine Treppe gelangt er in einen schmalen Flur, von dem ein Schlafzimmer und ein gefliester Toilettenraum mit Dusche abgeht. Viele der neuen Bewohner des Ökodorfes mussten ebenso wie er seit dem Tsunami in einem der „Temporary Shelter“, einer der Notunterkünfte in der Region Weligama, mehr schlecht als recht leben.

Nalaka und seine Frau Kalpavi hatten am zweiten Weihnachtstag 2004 die Hölle erlebt. Sie konnten sich und ihre damals einhalbjährige Tochter in Sicherheit bringen, aber Nalakas Mutter gehörte zu den 396 Tsunami-Toten von Weligama. Ihr 60 Meter vom Strand entferntes Haus wurde total zerstört, Hab und Gut fortgespült. Nun aber können sie der Notunterkunft adé sagen, in der wir sie bei den Umzugsvorbereitungen antreffen. Sie sind heilfroh, dass sie das Tsunami-Asyl verlassen können und bedanken sich herzlich bei SODI.

Auch der 24-jährige Kraftfahrer Diluku Rangana und seine Frau Chamari können ihr Glück kaum fassen. Ihr Häuschen wurde ebenfalls ein Raub der Flutwelle und Chamaris Vater, ein Fischer, wurde ein Opfer des Tsunamis. Unterdessen war die junge Familie mit ihrem Kind bei Dilukus Vater notdürftig untergekommen. Erst vor wenigen Tagen erhielten sie die Schenkungsurkunde, die sie nun stolz präsentieren.

In das Ökodorf sind an diesem Tag auch der Bio-Unternehmer Thomas Gerbracht und

seine Frau Heike gekommen, die nach dem Tsunami aktiv Nothilfe leisteten und einige der Neusiedler aus jenen Katastrophentagen kennen. Auf Gerbracht, der im SODI-Auftrag den Bau der zehn Reihenhäuser leitete, wartet nun eine nicht minder große Aufgabe: die Phase zwei des Projekts, die den Bau der Verarbeitungsstätte für Biofrüchte, einer Solaranlage, einer Ausbildungsstätte und die Schaffung eines Zuliefernetzes umfasst. Dadurch sollen über 500 Arbeitsplätze entstehen. Nun können sich Nalaka und die anderen entscheiden, ob sie an ihren bisherigen kleinen Jobs festhalten oder in die Biobranche einsteigen. Gerbracht ist guter Hoffnung, dass die Regierung auch etwas Land für diejenigen Dorfbewohner zur Verfügung stellt, die selbst Bioanbau betreiben wollen.



Stolz präsentiert Familienvater Diluku Rangana die Schenkungsurkunde für sein neues Heim

Im Dorf selbst soll auch noch ein Kindergarten entstehen, der nicht im Projekt enthalten ist. Für diese Einrichtung und den Bau einer schlichten Unterkunft für einen Mönch werden noch Spenden in Höhe von 40 000 Euro benötigt. aus „SODI! Report“, 1-2007

1. Mai-Feste im Oder-Spree-Kreis

- **Fürstenwalde** – Gartenstraße • vor Fürstenwalder Hof • 12–17 Uhr
Jazz-Lyrik-Prosa mit Trio Scho! und Ursula Karuseit
- **Woltersdorf** – Maiwiese hinter der Schleuse • 12–18.30 Uhr
Tower-Jazzband • „Fair play“ • Woltersdorfer-Karnevaltanzgruppen
Rüdersdorfer Chor „Glück auf“
- **Eisenhüttenstadt** – Frühlingsfest auf der Insel • vor Schwimmhalle • 14–17 Uhr
Dorchetaler Musikanten
- **Schöneiche** – Kulturgießerei • An der Reihe • 12–21 Uhr
Lesungen • Skatturnier • Trommler des Gymnasiums Rüdersdorf
- **Beeskow** • Spreepark • 10–16 Uhr
Kabarett „Die Oderhähne“ • Jugendblasorchester der Kreismusikschule • Beeskower
Stadtchor • DRK-Seniorentanzkreis • Tanzgruppe des Beeskower Frauenladens

Gespräche mit Gewerkschaftern und Abgeordneten aus Kommunalparlamenten, Kreistag Oder-Spree, Landtag Brandenburg und Bundestag

Kinderprogramme, Infostände sozialer Vereine, Buchverkaufsstände, Kinderfeste
Kuchenbasare, Speisen und Getränke ...

62. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus – Kranzniederlegung mit MdB Dagmar Enkelmann
Woltersdorf • 6. Mai 2007 • 10 Uhr
Sowjetisches Ehrenmal (Berliner Straße)

Herzlichen Glückwunsch!



2.5. Meta Stahn	Bad Saarow	84 J.
5.5. Hannelore Weidner	Storkow	81 J.
6.5. Erich Roof	Eisenhüttenstadt	84 J.
8.5. Gerd Hoff	Schöneiche	80 J.
8.5. Liesel Klagge	Eisenhüttenstadt	75 J.
10.5. Bernhard Hoffmann	Rießen	85 J.
13.5. Lotte Gerlach	Fürstenwalde	80 J.
19.5. Else Türschmann	Fürstenwalde	81 J.
29.5. Günter Gaumnitz	Eisenhüttenstadt	80 J.
29.5. Irmgard Liepner	Eisenhüttenstadt	88 J.

Die wichtigsten G8-Termine

18. Mai	G8-Finanzministertreffen in Schwielowsee
23. Mai	G8-Justiz- und Innenministertreffen in München
30. Mai	G8-Außenministertreffen in Potsdam
6–8. Juni	G8-Gipfel in Heiligendamm

Alles öffentlich Sitzungen im April/Mai 2007

■ DIE LINKE.PDS-Fraktion des Kreistages Oder-Spree

Öffentliche Fraktionssitzungen: 17.4., 15.5. je 19 Uhr; Orte bei Fraktionsgeschäftsführerin erfragen
Fraktionsgeschäftsstelle: 15517 Fürstenwalde, Schloßstraße 7, Tel. (033 61) 3 30 69, Fax 34 26 24
Fraktionsgeschäftsführerin: Monika Pooch, 15518 Beerfelde, Jänickendorfer Str. 55, Tel. (03 36 37) 3 88 42, Fax (03 36 37) 3 88 43, E-Mail: emk.pooch@t-online.de

DIE LINKE.PDS-Geschäftsstelle: 15517 Fürstenwalde, Schloßstraße 7, Tel. (033 61) 3 30 69, Fax 34 26 24

■ Ausschüsse des Kreistages Oder-Spree

Rechnungsprüfungsausschuss	23.4., 18 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127
Ausschuss f. Soziales, Bildung, Kultur u. Sport	24.4., 17 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127
Werksausschuss KWU	25.4., 16 Uhr, Eisenhüttenstadt, Oderlandstr. (KWU)
Ausschuss f. Recht, Ordnung u. Landwirtschaft	26.4., 18 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127
Werksausschuss Burg Beeskow	8.5., 18 Uhr, Beeskow, Burg
Ausschuss f. Wirtschaft, Umwelt, Bauen	9.5., 17 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127
Jugendhilfeausschuss	10.5., 17 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127
Haushalts- und Finanzausschuss	21.5., 18 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127
Werksausschuss Eigenbetrieb Rettungsdienst	24.5., 18 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127

■ Kreistag Oder-Spree

6.6., 17.30 Uhr, Beeskow, Schützenhaus

Online-Shop

Hier können Sie politische Literatur,
Organisationsmaterial,
aber auch Werbemittel und
Fan-Artikel der Linkspartei.PDS bestellen.

www.sozialisten.de/shop

Die Linkspartei.PDS Oder-Spree

Kreisgeschäftsstelle
Schloßstraße 7 • 15517 Fürstenwalde
Tel. (033 61) 3 30 69
Fax (033 61) 34 26 24
E-Mail kontakt@linke-oder-spree.de
geöffnet Mo.–Do. 9–12, 13–17 Uhr
Fr. 9–13 Uhr
Kasse Di. 13–17 Uhr, Do. 9–12 Uhr

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „Widerspruch“ im Die Linke.PDS-Kreisverband Oder-Spree; Schloßstr. 7, 15517 Fürstenwalde (Spree), Tel. (033 61) 3 30 69, Fax (033 61) 34 26 24, E-Mail: oder.spree@pds-brandenburg.de
Redaktion: V.i.S.d.P. - Peter Hochmuth, Tel./Fax (033 62) 55 96, E-Mail: Peter-Waltraud-Hochmuth@t-online.de
Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich); Redaktionsschluss: 5. Tag des Monats; Auflage: 1 500 Exemplare; Satz: Satzstudio Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de; Druck: TASTOMAT Druck GmbH, 15345 Eggersdorf
Der „Widerspruch“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 € - im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle LeserInnen werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „Widerspruch“ auf das Konto 3 410 533 965, BLZ 170 550 50 bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten des Die Linke.PDS-Kreisverbandes LOS oder in der Kreisgeschäftsstelle Die Linke.PDS (Schloßstr. 7, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

MINDEST LOHN JETZT!

Wir meinen, was wir sagen:
Ein Mindestlohn
muss schleunigst her.
Für alle verbindlich und
gleich in Ost und West.
Damit jeder Mensch
von seiner Arbeit
leben kann!

MAI 2007

DIE LINKE.

www.sozialisten.de

